

19. Januar 2000

Neujahrsbrief 2000

Liebe Freundinnen und Freunde des IFF,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren!

Wir wünschen Ihnen ein gutes und erfolgreiches Jahr 2000, ein zufriedenstellendes 21. Jahrhundert und ein überlebensfähiges Drittes Millennium.

Das Jahrtausend beginnt mit Fragen. Warum haben wir noch wenige Jahre vor der Jahrtausendwende vor allem im Finanzsektor Computerprogramme erarbeitet, die dieses Datum ignorierten und uns die Milliardeninvestition zur Bewältigung des „Y2K Bugs“ abverlangte? War das 20. Jahrhundert ein Jahrhundert der Kurzlebigkeit und Kurzsichtigkeit? Die 99 Jahre alte Martha Grieben erklärte in der Süddeutschen Zeitung vom 29.12.1999 ihr persönliches Jahrhundert mit den Worten: "Es war meist so, als wenn sich jemand kurz hinsetzt und wieder aufsteht."

Nachhaltigkeit und Langfristigkeit im 21. Jahrhundert

◆ Das Wort für das nächste Jahrhundert heißt "**nachhaltig**", (englisch "sustainable"). Es soll etwas erhalten oder geschaffen werden für die kommenden Generationen, angefangen von den Wetterverhältnissen über die Bauwerke, die Wohnverhältnisse, das Bildungssystem, die Altersversorgung, den gleichen Zugang zu Kapital und Kommunikation und vor allem die Chancen für alle in der Wirtschaft. Dies soll zugleich das eigene Leben reicher und länger machen, weil es die engen Grenzen des Einzellebens überwinden hilft.

◆ "Nachhaltig" übersetzt sich in der Sprache der Finanzdienstleistungen mit "**langfristig**". Langfristiges Denken versöhnt den Egoismus mit der Solidarität. Wie langfristig ist heute das Denken in einer im Fluß befindlichen **Finanzdienstleistungsbranche**? Banken und Versicherer reagieren auf die Vortagesrenditen der Konkurrenz mit hektischen Fusionen, Imitationen, abruptem Arbeitsplatzabbau und mit einer Konzentration auf die gehobene Klientel., nur um nächste Woche an der Börse gut zu notieren. Deutschland sei "over-banked", heißt es, und Bill Gates prophezeit schon das Ende der Banken, während die Banker selbst sich als Berufsgruppe noch für unentbehrlich halten. Aber was wird "Banking" in 50 Jahren bedeuten, wenn das Geldsystem zum alles umfassenden Verteilungsinstrument geworden ist?

Das kurzfristige Wettbewerbsdenken drängt Existenzgründer und Mittelstand zur Zeit massiv aus dem gewerblichen Kredit, Sozialhilfeempfänger und Randgruppen aus dem Zahlungsverkehr, Normalverbraucher aus dem geregelten Konsumkreditgeschäft und schneidet soziale Organisationen und Wohnquartiere von der Kapitalzufuhr ab.

Mit neuen Richtlinien des Basle Committees, das den Gesetzgebern gewöhnlich die Feder führt, droht den Banken eine allgemeine **externe Ratingpflicht** bei der Kreditvergabe, deren hohe Zusatzkosten die Vergabe kleinerer Kredite zumindest innerhalb des Banksektors unmöglich werden lassen. Man kann sich dabei nicht einmal auf eine entsprechende amerikanische Praxis berufen. In den USA gibt es anders als in Kontinentaleuropa kein **Kreditmonopol** der Banken. Daher werden dort die meisten Existenzgründer- und Hypothekenkredite von Finance Companies begeben, für die die Bankaufsichtsregeln nicht gelten. Ob wir es uns in Zukunft noch leisten können, unseren Banken auch im Kreditgeschäft ein die Versorgung behinderndes staatliches Monopol anzuvertrauen, wie es im sicherheitsempfindliche Einlagengeschäft ja durchaus Sinn macht, ist inzwischen mehr als fraglich geworden.

Kurzfristigkeit ist gefragt. Die Ausgliederung des Retail-Banking nach Art der Bank24 und die das stark umkämpfte Geschäft mit den großen Vermögen haben auch die Verlustbringer identifiziert, und die entsprechende **Filialschließungen** erst ermöglicht. Dadurch werden diejenigen, die sich über den Zugang zu Finanzdienstleistungen Zugang zur Wirtschaft (wieder) verschaffen müssen, von der persönlichen Beratung und den maßgeschneiderten Produkten abgeschnitten und auf electronic banking und Kreditkarten umgeleitet. Im day-trading an den Börsen sind nun sogar minuten- und sekundenschnelle Kursschwankungen breiten Bevölkerungsschichten für die Spekulation zur Verfügung gestellt worden. Day-Trading ist der nächste Tag so fern wie das nächste Jahr.

◆ Vor diesem Hintergrund müssen langfristige Perspektiven wie ein öffentlich-rechtlicher Luxus aus Feudalzeiten erscheinen. Dieser „Luxus“ gehört dann folgerichtig abgeschafft, wenn die öffentliche Sicherstellung der Versorgung von Problembereichen, -gebieten und -gruppen mit Finanzprodukten als wettbewerbswidrige Staatssubvention denunziert wird, wie es die Privatbanken tun. Dass sich dabei die Sparkassen im Schlepptau der mit dem Staatsapparat und seinen Dienern untunlich verwachsenen und verwobenen Landes(groß)banken nicht gut verkaufen, ändert nichts an dem Umstand, dass wir sorgfältig zu untersuchen haben werden, wer tatsächlich eine nachhaltige Entwicklung bei der **Versorgung mit Finanzdienstleistungen** zum Wohle aller betreibt. Die Forderungen dazu, in Form eines social auditing, einer sozialen Wirtschaftsprüfung oder entsprechend den Vorschriften des Community Reinvestment Act durch Eigenberichte über die sozialen Wirkungen des Geschäftes staatlich oder durch Selbstbindung Transparenz zu schaffen, haben wir an anderer Stelle formuliert.¹

Als erste hat die englische Regierung solche Pläne ihren Banken verkündet und bei mangelnder Eigeninitiative gesetzliche Maßnahmen angedroht. "We have to shame banks over financial exclusion", lautete die Passage in der Financial Times v. 21.10.99. Die zuständige Ministerin wird auf unserer **Konferenz über Zugang zu Finanzdienstleistungen am 22./23. September in Göteborg/Schweden** (<http://www.iff-hamburg.de>; Schnellstart „Int. Konferenz“) darüber berichten.

Ergebnissicherung für nachhaltige Geldwirtschaft

◆ Langfristig sieht auch jede vernünftige Bank und vor allem die mit langfristigen Beziehungen ausgestatteten Versicherer ein, dass man in die Bildung und Lebensverhältnisse unserer Kinder investieren, Existenzgründer und arbeitsschaffende Kleinbetriebe fördern, soziale Organisationen finanzieren, Behinderten und Kranken eine Chance in der Gesellschaft geben muß, um damit die produktive, kostensparende Wirtschaft und entsprechende Kunden von

¹ Evers, J./Reifner, U. (Hrsg.) Social Responsibility of Credit Institutions in the EU, Schriften des Institut Für Finanzdienstleistungen e.V. Vol. 2 Nomos: Baden-Baden 1998 (National Reports in English, French and German) (449 S.)

Morgen zu schaffen. Jedes große Unternehmen hat einmal klein angefangen, viele erfolgreiche Privatvermögen sind durch Tiefen im Leben gegangen.

Das Problem liegt also gar nicht darin, dass sich langfristiges Denken für unsere Banken nicht lohnen würde. Es liegt vielmehr darin, dass es uns nicht gelingt, denjenigen, die sich um die nachhaltige Entwicklung kümmern, auch deren langfristige **Früchte zu garantieren**.

Unsterbliche Banken

◆ In seinem spannenden Überblick über "**Images of Organization**"² zeigt Gareth Morgan auf, wie Unternehmen sich je nach Aufgabe, Umfeld, Management und Erfolg nach allgemeinen ideologischen Mustern organisieren, die sich in ihrem Image an die Funktionsweise einer Maschine, eines biologischen Organismus, des Gehirns, einer Kultur, des politischen Systems anlehnen, oder als psychologisches Gefängnis oder Transformationsagentur und/oder Unterdrückungsapparat funktionieren. Der Autor findet gerade in dem für die aktuelle Bankenlandschaft typischen Bild von Unternehmen in Transformationsphasen den langfristigen Überlebenswillen als Organisationsprinzip wieder: "We can understand organizations and much of the behaviour within organizations in terms of a quest for immortality" (S.213). Unternehmen sind wie Individuen in der Gesellschaft dabei, sich selbst zu erhalten. "Der gesamte Prozess des Organisierens ist die Verwirklichung einer eigenen Identität" (S.245) - heißt es in diesem Erfolgsbuch der Betriebsorganisationslehre. Als Ratschlag für Unternehmen, die langfristig erfolgreich sein wollen, gibt er ihnen deshalb die Ratschläge guter Eltern mit, dass sie sich von sich selbst wegwenden und auf ihr Umfeld konzentrieren müssen, um ihrem Ziel näher zu kommen: Think and act systematically: **more self-reflection, less self-centredness**" (S.246).

Erscheint es somit rational, dass Großunternehmen langfristig und damit "sozial" und gesellschaftsorientiert denken müssen, um auf Dauer erfolgreich bestehen zu können, so stellt sich allen, die als stakeholder Interesse am Finanzdienstleistungssektor haben, die Aufgabe, diese Prozesse des langfristigen Denkens zu unterstützen, zu befördern und bewußt zu machen. In diesem Zusammenhang haben wir im IFF auch 1999 versucht, Forschungen durchzuführen und Aufträge zu erhalten, die in diesen Kontext passen.

Forschungsansätze am IFF zu nachhaltigen Finanzdienstleistungen

◆ Die Ansätze innerhalb der bestehenden Mechanismen der Marktwirtschaft, die es näher zu erforschen und anzuwenden gilt, um mehr "social banking", d.h. Geldgeschäfte mit kontrollierten und verantworteten sozialen Effekten zu erreichen, lassen sich in die Bereiche: (a) Verbrauchermacht, (b) Kreativität und Verantwortung bei den Anbietern (c) kritische Öffentlichkeit sowie (d) subsidiäre aber wirksame staatliche Kontrolle und Hilfe aufteilen.

a) Verbrauchermacht

◆ Wenn die Nachfrager langfristiger denken und mit ihren „Gratifikationen“ wie Kundentreue und Imagenachfrage die richtigen Anbieter belohnen, wird der Markt sich weit mehr für das nachhaltige und langfristige "social banking" interessieren.

Wichtiger Katalysator dabei sind die **Verbraucherverbände**, deren langfristige Nachfrageperspektive Vorbild und Meinungsführerschaft erfordert. Ein Beispiel 1999 war die Praktik der Citibank, Kreditzinsen nach Einkommen zu staffeln. Nachdem wir für die Verbraucherzentrale NRW in einem Gutachten die Rechtswidrigkeit der allgemeinen Werbung mit dem niedrigsten Zinssatz herleiten konnten, hat die Zeitschrift FINANZtest, die die Citibank zunächst auf einem Spitzenplatz der günstigsten Kreditgeber einordnete, auf unsere Anmerkung hin im nächsten Test den unteren Zinssatz zugrundegelegt und so die Citibank mit dem letzten Platz bestraft.

² Sage: Newbury Park 1986

In unserem AgV-Test zum online-banking haben wir in Absetzung von den üblichen Tests nicht die Gebührenhöhe, sondern die Standards der Informationsbeschaffung, der Risiken und der Verbraucherrechte als Maßstab herangezogen. Gutachten zum Regelungsbedarf bei Finanzdienstleistungen (mit Gesetzesentwurf zum Zahlungsverkehr), zu den Richtlinienentwürfe der EU, die das electronic banking erleichtern sollen, im Auftrag der AgV, sowie zur Kritik der Investmentrichtlinie im Auftrag des Wirtschaftsausschusses des Europaparlaments, und für die Stiftung Warentest zur Lebensversicherungshypothek³, sind dem gefolgt. Insgesamt dienen diese Gutachten im Interesse des Verbraucherschutzes dazu, über das Rechtssystem vermittelt bei denjenigen Kosten zu verursachen, die mit Täuschung, Zusatzkosten und mangelnder Beratungsqualität gerade die Schwächsten am meisten belasten.

◆ Eine von uns selbst finanzierte Studie zur **Wirkungsweise des amerikanischen Privatrechts** bei der Gewährleistung öffentlicher Interessen im Banksektor die Anfang 2000 an der Law School der New York University durchgeführt werden kann, soll finanzielle Anreize zu sozial verantwortlichem Verhalten der Anbieter und ihre Transfermöglichkeiten ins europäische Recht aufzeigen.

Ebenfalls mit einem selbstfinanzierten Projekt haben wir unsere Tradition der Rechenprogramme für die Verbraucherberatung (BAUFUE und CALS) mit der Programmierung eines Prototyps des neuen umfassenden Finanzberatungssystems **FinanzCheck** fortgesetzt, mit dem individuelle Produkte entwickelt, nachgerechnet und Ersatzpflichten bezifferbar gemacht werden können, gleichzeitig aber die Daten gespeichert und damit die Möglichkeiten kollektiver Auswertung gegeben werden. Für seine Fertigstellung fehlen allerdings noch die Investoren, da sich das umfassendere Vorhaben bei dem Zwang der Verbraucherverbände zu einer immer individuelleren, spezialisierten und am Entgelt orientierten Beratungspraxis schwer vermitteln läßt. Vielleicht finden sich finanzkräftige Interessenten, die mit uns der Meinung sind, dass unabhängige und an rechtlichen Standards orientierte Finanzberatungssoftware weiterhin notwendig ist.

Wir wollen auch weiterhin die Entwicklung des Verbraucherverbände konstruktiv begleiten. Das IFF formuliert Angebote und erörtert Probleme, die mit der Umstrukturierung der kollektiv orientierten Verbraucherverbände in soziale Dienstleistungsunternehmen einhergehen. Dazu gehört der Wunsch, dass die Verbraucherzentralen ihren Alleinstellungsanspruch auf dem Markt bei kollektiven Leistungen nicht durch kurzfristige – wenn auch sicherlich begründete - Einnahmeüberlegungen aufs Spiel setzen, und wir dabei helfen können nach Wegen zu suchen, wie sich gerade ihr traditionelles Gut des öffentlichen Interesses im Zusammenhang zwischen Einzelberatung und strukturellem Engagement vermarkten läßt. In zwei Vorträgen in Magdeburg und Helsinki wurde eine Politik formuliert, wonach der **Staat**, der von den Verbraucherverbänden immer mehr **Mitwirkung** in Entscheidungs- und Kontrollprozessen bei hohem Anspruch an Know-how und Professionalität verlangt, auch dafür zu sorgen hat, dass er diese Mitwirkung mit dem adäquaten Preis entlohnt und damit kostendeckend auch dort **"einkauft"**. Andernfalls bleiben die erwünschten Selbstaushandlungs- und Verbraucherbeteiligungsprozesse zur Vermeidung von Gesetzen und aufwendigen Kontrollapparaten nur Feigenblatt für staatlichen Rückzug aus der Verantwortung.

◆ Ähnliches gilt für die **Schuldnerberatung**, für die wir nunmehr aus den laufenden Erlösen die Netzwerk-Version CAWIN 5.0 entwickelt haben, die Information, Kontrolle von Anbieterverhalten, Haushaltsberatung, rationale Plangestaltung mit Büroorganisation und kollektiver Auswertung verbindet. Weiterhin wurde am 1. Juni 1999 an der Universität Mainz das vom Land Rheinland-Pfalz finanzierte und von uns in einer Konzeptstudie vorbereitete **Schuldnerfachberatungszentrum** eingeweiht. Nach den von uns entwickelten Vorstellungen werden hier ein juristischer und ein sozialpädagogischer Mitarbeiter aus der Praxis der Schuldnerberatung Schuldnerberatungsstellen unterstützen, zwischen den Akteuren des zum 1.1.1999 in Kraft getretenen Verbraucherinsolvenzverfahrens moderieren, zur Überschul-

³ siehe dazu den Aufsatz in der Zeitschrift für Bankrecht 1999, 349 ff

dungssituation forschen und Lösungsansätze für die sich vielfältig abzeichnenden Probleme bei der Einführung der InsO entwickeln – insgesamt ein hoffnungsvoller Wissenschafts-Praxis Verbund. Mit Unterstützung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung der Verbände (AG-SBV) haben wir zudem in einem Handbuch dezentrale Verhandlungen zum **Social sponsoring** skizziert. Dort geht es u.a. darum, die spezifischen und damit unverwechselbaren Leistungsangebote von Schuldnerberatung als „soziales Marketing-Potenzial“ zu behandeln und gerade langfristig orientierten Anbietern einen konkreten „Nutzen“ von Schuldnerberatung zu „verkaufen“. In den Bereich der Verbrauchernachfrage, aber auch zu einer neuen Anbieterstrategie gehört unser großes laufendes Projekt zur **"finanziellen Alphabetisierung"** (financial literacy). Darin geht es darum, die Orte und Mechanismen zu identifizieren, wo Finanzwissen an breite Bevölkerungskreise tatsächlich vermittelt wird, um mit Modellprojekten die Optimierung solcher Lernprozesse zu ermöglichen. Das Projekt will die Broschüren- und Faltblatthalten nicht weiter bereichern und auch nicht neue Schulen fordern. Vielmehr soll dort, wo Verbraucher sich tatsächlich informieren, d.h. in den problemorientierten Lernprozessen bei den Medien, in der Anbieter- und Verbraucherberatung, aber auch im Bildungssektor, interveniert werden. Bildung, die mehr Eigenverantwortung erlaubt und Verbraucher hervorbringt, die mit weniger Aufwand gezielter beraten werden können, schafft zugleich die Möglichkeit, besser an langfristiger Qualität ausgerichtete Dienstleistungen auszuwählen und kostengünstig abzusetzen. Das Projekt wird in enger Kooperation mit unseren Partnern durchgeführt und ist auch für ihre Mitarbeit offen.

b) Anbieterkreativität

◆ Sozial verantwortliche Anbieter brauchen Zeit, Fantasie, Ideen, Kenntnis des sozialen Umfeldes und Kontakt zu sozialen Akteuren. Deshalb versuchen wir, vor allem im Ausland entwickelte neue Produkte und Modelle auf den deutschen Markt anzupassen, die es ermöglichen, kostengünstiger in Problembereichen tätig zu werden. In unseren **Micro lending**-Projekten geht es um angepasste Kreditprodukte und effizientes kostengünstiges Risikomanagement für Kleinstunternehmen und Existenzgründer.

In einem von der Volkswagenstiftung finanzierten Projekt erforschen wir die Prozesse des finanziellen **Scheiterns von Existenzgründern** und Kleinunternehmen mit dem Ziel, die Kommunikation mit den Kreditgebern und Gläubigern so zu strukturieren, dass solche Prozesse in Zukunft produktiver werden.

Unser **"Best Practice Competition** for ideas, products and services which ensure access to financial services" soll im Herbst 2000 in Göteborg Gewinner prämiieren. Die Verbraucher- und Sozialverbände sind aufgerufen, aus ihrer Kontrolltätigkeit heraus auch die schlechten Praktiken der Diskriminierung zu benennen - eine Kontrolle, die wir ebenfalls prämiieren wollen.

Mit **Beratungsprojekten** zur Beurteilung der Verbraucherqualität von Beratungsunterlagen, der Internetpräsentation von Geschäftsanbahnungen, zur Entwicklung eines privaten Altersvorsorgeproduktes durch Nutzung des selbstbewohnten Eigenheims, zur Entwicklung von Minifilialen als Alternative zur Filialschließung u.a.m., die wir für verschiedene Finanzdienstleister durchführen, werden vor allem ausländische Ideen importiert und Qualitätsstandards formuliert, die das Ziel der Langfristigkeit und Nachhaltigkeit verfolgen. Die von uns häufig identifizierte Schnittmenge zwischen Verbraucherschutz und Kundenorientierung wird zunehmend auch von Anbietern erkannt. Künftig werden wir so noch öfter die Gelegenheit haben, auch im direkten Dialog Marketing, Produkterstellung und Beratung der Anbieter zu begleiten, wobei unser Ansatz und unser Know-how uns von anderen Beratungsgesellschaften absetzt.

c) Kritische Öffentlichkeit

◆ Die **Medien** sind einer der wichtigsten Transmissionsriemen für langfristige Interessen und strukturelle Kritik des Finanzdienstleistungssektors. Sie produziert die „kritische Öffentlich-

keit“, in der Denken und Handeln sich weit stärker bestimmen als durch Gesetze oder Daten. Die Zahl der von uns beantworteten Anfragen von Journalisten sowie der unterstützten oder teilweise selber geschriebenen Artikel in Tageszeitungen, den Illustrierten sowie den Geldmagazinen ist ständig gewachsen. Dazu kommt eine Vielzahl von Fernsehauftritten, wobei wir mit der ersten regelmäßigen Sendung donnerstags um 17.00 Uhr in N3 Erfahrungen dafür sammeln, wie ein kritisches aber erfolgreiches Geldmagazin im Fernsehen, das Service mit Aufklärung und Kontrolle verbindet, aussehen könnte.

d) Staatliche Verantwortung

◆ Der Staat, der in seiner traditionellen Rolle als Ersatzwirtschaft für die Armen seine Kompetenzen einschränkt, dürfte in Zukunft um so gefragter als Partner für die Wirtschaft bei der Bewältigung ihrer neuen Aufgaben sein. Dazu muß er gezielt mithelfen, besondere Nachteile des social banking zu kompensieren, Rahmenbedingungen zu formulieren, Modelle zu entwickeln und den Weg für diejenigen zu ebnen, die sich der Aufgabe bewußt stellen.

Besonderes Augenmerk hat die Einführung des **Verbraucherkonkurses** erfordert. Unsere Befürchtungen über die Rolle der Justiz, die wir in unserem neuen [CAWIN-Forum](#) im Internet formuliert haben, sind nicht übertrieben. Zunächst wurden – leider nicht untypisch für Deutschland - übermäßig Richterstellen geschaffen, anschließend hat dann ein Teil dieser Richter mit der Verweigerung von Prozeßkostenhilfe und Nullplänen das außergerichtliche Verfahren unmöglich gemacht. Bei den Schuldnerberatungsstellen hat dann das Justizministerium NRW mit seinem 30-seitigen Formular dafür gesorgt, dass diese überlasteten Stellen zu Papiertransportunternehmen an die Gläubiger wurden. Das Bundesjustizministerium schiebt die Verantwortung an die Länder, die Länder ringen noch um die berühmte Federführung im Kompetenzenstreit der Ministerien.

Nimmt man das mißglückte **Überweisungsgesetz** hinzu, dann fällt es schwer daran zu glauben, dass die Justiz ein geeigneter Partner für die angestrebte Zukunft ist.

◆ Das IFF wird den Stand des Verbraucherkonkurses im nächsten Jahr mit einem Gutachterauftrag evaluieren und dabei die Diskussion in den USA und Kanada nutzen. Mit der Fortentwicklung von CAWIN und dem Projekt zu financial literacy ebenso wie bei unseren Bemühungen, zur Erweiterung des sozialen Verbraucherschutzes und in der Definition des effektiven Jahreszinssatzes im Kreditrecht in **Brüssel** endlich auch eine **konstruktive deutsche Haltung** zu bekommen, werden wir hier auch auf internationaler Ebene aktiv sein. In einem der Workshops in Göteborg wird eine europäische Zwischenbilanz gezogen werden.

Im übrigen haben wir die Begleitung einer Reihe von staatlich unterstützten Versuchen des **Micro lending** übernommen und wollen mit den Hamburger Stadtentwicklungsgesellschaften als Folge unseres Bankengesprächskreises bei der Patriotischen Gesellschaft den Senat überzeugen, auch in Sozialwohnungen die Idee der **Kapitalbeteiligung von Mietern** umzusetzen.

Nun über uns!

◆ Das IFF ist 1999 weiter gewachsen. Der **Umsatz** stieg auf fast 2 Millionen DM, und für das nächste Jahr haben wir bereits einen großen Auftragsbestand. Ein neues Projektmanagementsystem, das Buchhaltung und Projektverwaltung kombiniert, ist kooperativ mit einer Softwarefirma entwickelt und installiert worden. Es wird mehr Transparenz und Planungssicherheit gewähren.

Unsere **Personalstärke** ist auf 9, mit studentischen Hilfskräften sogar auf 18 Köpfe gewachsen. Wir suchen für 2000 mindestens eine(n) weitere(n) Betriebswirt(in) mit Engagement, Interesse und Know-how. Mit Helga Springeneer haben wir die zweite Juristenstelle besetzt, die sich im Bereich Insolvenzrecht und bei den Verbraucherrechtsgutachten etabliert hat. Im übrigen hatten wir in 1999 keine Personalfuktuation. Besonderes Interesse gilt im Jahr 2000 unserer Internet-Datenbank **FIS-Money Advice** . (<http://www.Money-Advice.de>) Nachdem wir mit der HUK Coburg und der Postbank zwei durchaus angenehme Nutzer in unser Com-

panyScreen-Angebot bekommen haben, hoffen wir, dass damit der Durchbruch einer Mitfinanzierung der Datenbank durch Imagewerbung anbahnt, die weitere Interessenten bei den Finanzdienstleistern findet. Das gleiche erhoffen wir uns für die **Anwaltsadressdatenbank**, wo wir die ersten klassifizierten Anwaltsadressen für spezialisierte Rechtsvertretung bei Finanzdienstleistungen für Verbraucher aufgenommen haben.

Bleibt uns nur noch, allen zu danken, die uns geholfen, mit ihrer Kritik Wach gehalten und mit ihren Aufträgen Vertrauen entgegengebracht haben.

Im Namen aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts grüße ich Sie recht herzlich und verbleibe

Ihr

Prof. Dr. Udo Reifner